



Bebauungsplan (Satzung)

Wohngebiet „Ohlerwies“

Gemeinde Dörrenbach

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBI. I S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 19. August 1968 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde durch die Kreisplanungsstelle St. Wendel.

Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1. Geltungsbereich
2. Art der baulichen Nutzung
 - 2.1. zulässige Anlagen
 - 2.1.1. ausnahmsweise zulässige Anlagen
 - 2.1.2. ausnahmsweise zulässige Anlagen
 - 2.2. Baugebiet
 - 2.2.1. zulässige Anlagen
 - 2.2.2. ausnahmsweise zulässige Anlagen
3. Maß der baulichen Nutzung
 - 3.1. Zahl der Vollgeschosse
 - 3.2. Grundflächenzahl
 - 3.3. Geschossflächenzahl
 - 3.4. Baumassenzahl
 - 3.5. Grundflächen der baulichen Anlagen
4. Bauweise
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen
6. Stellung der baulichen Anlagen
7. Mindestgröße der Baugrundstücke
8. Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von OK Gelände Mitte Haus bis OK Erdgeschoßfußboden)
9. Flächen für überdachte Stellplätze u. Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken
10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen
13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist
14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung
15. Verkehrsflächen
16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen
17. Versorgungsflächen
18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen
19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen
20. Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe
21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen
22. Flächen für Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft
23. Mit Geh-, Fahr- und Leitungswegen zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen
24. Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen
25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit erforderlich sind
26. Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung
27. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
28. Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern

Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

bei baulichen Bauverträgen

Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG

1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind
3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BBauG

- 1.
- 2.

Planzeichen-Erklärung

- Geltungsbereich
- Bestehende Gebäude
- Bestehende Straßen
- Geplante Straßen
- Bestehende Grundstücksgrenzen
- Geplante Grundstücksgrenzen
- Baugrenze
- Entwässerungsrichtung
- Wasser
- Geschosszahl

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegt vom 4. Oktober 1968 bis zum 4. November 1968.

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am 4. November 1968 beschlossen.

Gemeinde Dörrenbach, den 17. Januar 1969
Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt.
Saarbrücken, den 6. März 1969

Der Minister für öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau

Der Minister des Innern im Auftrag
Oberste Landesbaubehörde

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG wurde am 19. 3. 69 ortsüblich bekanntgemacht.

Gemeinde Dörrenbach, den 8. 5. 1969
Der Bürgermeister

DER LANDRAT DES KREISES ST. WENDEL
KREISBAUAMT - PLANUNG

BETR.: BEBAUUNGSPLAN
„OHLEWIES“
GEMEINDE DÖRRENBACH

M.
1:500

	DAT.	NAME	DAT.	NAME	PLAN-NR.
GEZ.	19. 6. 68	Kreuzmann	KREIS- OBER- BAURAT	19. 6. 68	11111
ABTL.	19. 6. 68	Kreuzmann			